

grünliberale

zollikofen.grunliberale.ch

Nationalratswahlen 2019: Ein grosser Erfolg!

Liebe Wählerinnen und Wähler aus Zollikofen: Dieser Erfolg ist auch Ihnen zu verdanken. Sie haben den Grünliberalen Ihr Vertrauen ausgesprochen und mit 11.1% der Stimmen unterstützt. Einen herzlichen Dank dafür!

Budget 2020 ist vehement abzulehnen

Die Grünliberalen können dem letzte Woche präsentierten Budget 2020 für Zollikofen aus den folgenden Gründen nicht zustimmen:

- Die ordentlichen Einnahmen stagnieren seit Jahren, während die Ausgaben laufend steigen. So soll beispielsweise der Verwaltungsaufwand von 3.2 Mio. im 2018 auf 3.6 Mio. im 2020 zunehmen.
- Die Aussichten werden immer trüber. Die Finanzverwaltung rechnete mit einem durchschnittlichen Aufwandüberschuss von 1.1 Mio. CHF im Zeitraum von 2020–2024. Die aktuellsten Prognosen deuten auf eine weitere Verschlechterung hin.
- Aufgrund der prekären Situation werden in den nächsten Jahren grössere Teile der neuen Investitionen durch neue Schulden finanziert werden. Das Eigenkapital wird sich von 23 Mio. im 2019 auf 13 Mio. Franken im 2024 fast halbieren. Zum Vergleich: Das Budget sieht für 2020 Ausgaben von 43.5 Mio. Franken vor.
- Die Zahlen zeigen, dass Zollikofen von längst vergangenen guten Zeiten und einmaligen Erlösen – wie dem Verkauf des Betagtenheims – zehrt. Das ist nicht nachhaltig. Einzonungen sind im grösseren Umfang nicht mehr möglich. Wenn wir jetzt dieses Eigenkapital einfach so aufbrauchen, ist es für immer weg.

Aber die Grünliberalen lehnen das Budget nicht einfach ab, sondern schlagen **7 konkrete Massnahmen** vor, mit denen die Finanzen wieder ins Lot gebracht werden können:

1. **Investitionsbremse:** Die Investitionen über den Horizont 2020–2024 sind um insgesamt 25% zu senken. Dafür ist der Investitionsplan zu überarbeiten.

2. Der Zuwachs des Verwaltungsaufwands ist zu halbieren.
3. **Beschränkung der finanziellen Kompetenz des Gemeinderats:** Der Gemeinderat beschliesst abschliessend über einmalige Ausgaben bis 150'000 CHF und wiederkehrende Ausgaben bis 15'000 CHF. Diese Beträge sind auf 75'000 CHF bzw. 10'000 CHF zu senken. Das gerade vom Gemeinderat zurückgezogene Geschäft «Schulanlagen, Netzerweiterung für die Internetanbindung», welches eine überteuerte und wenig ausgearbeitete Lösung vorsah, ist ein Beispiel für die Notwendigkeit dieser Massnahme. Wenn der Verpflichtungskredit tiefer gelegen hätte, wäre er nicht vor der GGR-Sitzung zurückgezogen und wohl vom Gemeinderat durchgewinkt worden.
4. **Transparenz im Budgetprozess:** Die von der Finanzkommission im Rahmen der Budgeterarbeitung beantragten Einsparungen sind konsequent offenzulegen. Über nicht realisierte Einsparungen muss im GGR abgestimmt werden.
5. **Fakultatives Referendum auch für Hirzi-Sanierung:** Investitionen, die in gemeinsamer Trägerschaft mit anderen Gemeinden getätigt werden sollen, dürfen nicht vom fakultativen Referendum befreit sein. Dies gilt insbesondere für das Hirzi. Das Stimmvolk muss das letzte Wort haben, ob Zollikofen in den nächsten Jahren 4.6 Mio. Franken in die Sanierung investieren soll.
6. Einführung einer **Schuldenbremse:** Der Gemeinderat muss dem GGR im Rahmen der Budgetdebatte einen Finanz- und Investitionsplan vorlegen, der für die jeweils fünf nächsten Jahre ein ausgeglichenes Budget vorsieht, sofern das Eigenkapital einen bestimmten Anteil der jährlichen Ausgaben unterschreitet.
7. Der Gemeinderat erarbeitet eine **Standortstrategie**, wie er die Gemeinde attraktiver für Steuerzahlende (KMUs, Start-ups, Familien, Gutverdienende) machen kann. Mit unserer neu eingereichten und breit abgestützten Motion zum **Ausbau der Tagesschule** haben wir bei diesem Punkt angesetzt. Denn: Verschiedene Studien – z.B. jene der Universität St. Gallen – zeigen, dass sich Investitionen in die Kinderbetreuung für die Gemeinden finanziell auszahlt (vgl. NZZ v. 26.1.2015: «Krippengutscheine als Erfolgsmodell»).

Aber wir sind realistisch: Auch durch die ganze oder teilweise Realisierung des **7-Punkteplans der Grünliberalen** lässt sich das strukturelle Defizit nicht eliminieren. Eine Steuerfusserhöhung von 1.4 auf 1.45 Einheiten ist daher unumgänglich. Zollikofen würde dann immer noch zu den 30 steuergünstigsten Berner Gemeinden gehören. Zum Vergleich: Münchenbuchsee hat 2019 einen Steuerfuss von 1.64. Allerdings werden die Grünliberalen dieser Steuererhöhung nur zustimmen, wenn zumindest ein Teil unserer vorgeschlagenen Massnahmen umgesetzt wird.

Ein «Weiterfahren wie bisher» ist unseriös und raubt der Gemeinde bald ihren finanziellen Handlungsspielraum. Daher bitte am 17. November ein **NEIN zum Budget** in die Urne legen.

Grünliberale Zollikofen